

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

13.10.2022

Inhalt

EWN

1 Terrorschutz in der Ostsee? Für Anlagen nie geprüft <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 13.10.2022</i>	3
2 Verwundbar in der Ostsee <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 13.10.2022</i>	4
3 Terror in der Ostsee? „Vollständiger Schutz nicht möglich“ <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 13.10.2022</i>	5
4 Putin macht USA für Pipeline-Lecks verantwortlich – und bietet EU Gas via Nord Stream 2 an <i>Ostsee-Zeitung.de, 12.10.2022</i>	6
5 Qualifiziert: MV liegt über dem Durchschnitt <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 13.10.2022</i>	7

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 13.10.2022 | S. 1

 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

 Martina Rathke

SABOTAGE AN NORD STREAM

Terrorschutz in der Ostsee? Für Anlagen nie geprüft

Behörden haben von Betreibern keine Gefahrenbewertungen gefordert.

Die mutmaßlichen Anschläge auf die Nord-Stream-Pipelines zeigen die Verletzlichkeit der kritischen Infrastruktur in der Ostsee. Der Terrorschutz spielte bei Genehmigung und Bau der Offshore-Anlagen offenbar keine Rolle. Die deutschen Genehmigungsbehörden haben für den Bau von Windparks und Pipelines weder entsprechende Risikobetrachtungen und Gefahrenbewertungen von den Betreibern gefordert, noch vorgenommen.

„Derzeit gibt es im Genehmigungsverfahren keine Vorschriften zum Schutz gegen Terrorakte“, sagte eine Sprecherin des Landes-Wirtschaftsministeriums. Dem Ministerium ist das Bergamt Stralsund unterstellt, das für die Genehmigung der Gaspipelines in deutschen Küstengewässern zuständig ist. „Mit terroristischen Akten hatte niemand gerechnet. Deshalb sind diese Szenarien auch innerhalb der Genehmigungsverfahren nicht betrachtet worden“, so Amtsleiter Thomas Triller. Auch bei der Genehmigung der Windparks wurde der Blick nicht auf potenzielle Gefährdungen durch Terrorakte gelenkt. Das bestätigen die Betreiber. Das Genehmigungsverfahren habe ein breites Spektrum an Sicherheitsvorkehrungen behandelt, hieß es vom spanischen Energiekonzern Iberdrola. „Jedoch gab es keine Betrachtung mit Blick auf terroristische Aktivitäten“, so ein Unternehmenssprecher. Sie sei auch nicht gefordert worden. „Der Sabotageschutz ist keine Voraussetzung für die Planfeststellung“, heißt es vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH).

Der Grünenpolitiker Hannes Damm ist entsetzt. Spätestens seit dem Anschlag vom 11. September 2001

wisse man, wie gefährdet Infrastruktur durch Terroranschläge sei. „Dass die Genehmigungsbehörden darauf nicht reagiert haben, war blauäugig und macht mich fassungslos“, so der energiepolitische Sprecher der Grünen im Landtag von MV. Er fordert eine sofortige Überprüfung der Terrorrisiken für die kritische Infrastruktur und „dass die Landesregierung umgehend Maßnahmen ergreift, sollten sich Sicherheitsrisiken ergeben“. Ein Strang der Nord-Stream-2-Pipeline liegt nach der offensichtlichen Sabotage Ende September noch unbeschädigt im Wasser. Schwedische und dänische Behörden sowie die Bundesanwaltschaft ermitteln. Vor der Küste von MV erzeugen vier große Windparks Strom. Weitere Windparks sind genehmigt oder bereits im Bau. Leistungsstarke und bis zu 90 Kilometer lange Stromkabel bringen den grünen Strom durch das Küstenmeer ans Festland bei Lubmin oder nach Bentwisch bei Rostock. Die Betreiber überprüfen derzeit ihre Sicherheitsvorkehrungen. „Als Betreiber kritischer Infrastrukturen nehmen wir die Gefahr von Angriffen auf unsere physischen und digitalen Systeme und Anlagen sehr ernst“, hieß es von 50Hertz.

Die Nato verstärkt als Reaktion auf die mutmaßlichen Sabotageakte gegen die Pipelines den Schutz kritischer Infrastruktur. „Wir haben unsere Präsenz in der Nord- und Ostsee auf mehr als 30 Schiffe verdoppelt“, erklärte Generalsekretär Jens Stoltenberg.

Zitat-Text:

„Wir haben unsere Präsenz in der Nord- und Ostsee auf mehr als 30 Schiffe verdoppelt.“ - Jens Stoltenberg, Nato-Generalsekretär

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 13.10.2022 | S. 5

📄 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke

KRITISCHE INFRASTRUKTUR IM MEER

Verwundbar in der Ostsee

Dass der Terrorschutz bei der Genehmigung von Offshore-Anlagen keine Rolle spielt, muss schnellstens korrigiert werden, meint OZ-Chefreporterin Martina Rathke. Die Ostsee ein Meer des Friedens? Seit den mutmaßlichen Anschlägen auf die Nord Stream-Pipelines gerät diese Gewissheit ins Wanken.

Es gibt keinen Vollkaskoschutz im Leben. Die Angriffe auf die Deutsche Bahn und Pipelines zeigen, dass kleine Eingriffe in die kritische Infrastruktur eine enorme Wirkung erzielen und ganze Systeme zum Stillstand bringen können. Zwei durchtrennte Kabel an den Strecken der Deutschen Bahn sorgen für einen stundenlangen Ausfall der Zugverbindungen in Norddeutschland. Die in die Pipelines gesprengten Lecks kappen die Option auf eine Energieversorgung durch billiges russisches Gas auf Jahre, wenn nicht für immer. Die Nadelstiche auf die Infrastruktur sind gezielt, sie sollen wehtun - und vor allem sollen sie eins: Menschen

verunsichern. Die Angriffe geben Raum für Spekulationen, wirken wie ein Brandbeschleuniger für wilde Theorien in den digitalen Verschwörungskanälen. Der Staat kann handeln, er kann aufklären, Verursacher identifizieren - und er kann vorbeugen, Anschläge vereiteln. Der Schutz vor Sabotage und Terror war bislang kein Thema in den Genehmigungsverfahren für Offshore-Anlagen. Rückblickend war das naiv, ein Fehler, der schnellstens korrigiert werden muss. Die Ostsee ein Meer des Friedens - diese Zeiten sind offenbar vorbei.

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 13.10.2022 | S. 8

 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

 Martina Rathke

SABOTAGE AN DEN NORD STREAM-PIPELINES

Terror in der Ostsee? „Vollständiger Schutz nicht möglich“

Betreiber von Offshore-Infrastruktur überprüfen nach mutmaßlichen Anschlägen auf Nord-Stream-Pipelines ihre Sicherheitsvorkehrungen.

Schiffskollisionen, Beschädigungen der Anlagen durch Ankerzug, Auswirkungen unvorhersehbarer Wetterextreme: Die Erbauer und Betreiber von Windkraftanlagen und Pipelines haben vielzählige Risikoabschätzungen für die Genehmigung ihrer Anlagen vorgenommen. Nur eines geriet dabei weder bei Behörden noch Investoren in den Fokus: ein potenzieller Anschlag wie auf die Nord-Stream-Pipelines.

Betreiber von Windparks und Offshore-Leitungen fragen sich, wie Anlagen auf dem weitgehend unbewachten Meer besser geschützt werden können. „Trotz Sensorik und Kamertechnik - ein vollständiger Schutz ist gar nicht möglich“, sagt Andree Iffländer vom Windenergie-Verband „Wind Energy Network“. Nach den Anschlägen auf die Nord-Stream-Pipelines überdenkt der spanische Energiekonzern Iberdrola, der vor Rügen mit Wikinger einen 350-MW-Windpark betreibt und einen weiteren errichtet, seine Sicherheitsstrategie. „Iberdrola hat die kürzlichen Geschehnisse um die Nord-Stream Pipelines mit großer Sorge wahrgenommen und bewertet sie derzeit mit Blick auf die eigene Situation“, sagt ein Unternehmenssprecher.

Einen Sabotageakt gegen Windkraftanlagen mit Sprengsätzen wie auf die Nord Stream-Trassen hält Iffländer für eher unwahrscheinlich. „Der Aufwand wäre viel zu groß, die Wirkung bei Ausfall einzelner Anlagen zu gering.“ Viel anfälliger und auch weniger zu kontrollieren wären die Kabeltrassen, die den erzeugten Strom an Land bringen. Eine Neubewertung der Schutzmaßnahmen sei deshalb geboten. „Man muss die Konzepte daraufhin prüfen, ob sie dem Schutzinteresse genügen oder nachgebessert werden müssen.“ Nachbesserungen fordert auch die Landtagsopposition. Im Zuge der Terroranschläge vom 11. September 2001, als IS-Anhänger Flugzeuge in das World Trade Center und das Pentagon lenkten, hatte die Bundesregierung die Sicherheitsanforderungen für

AKWs und atomare Zwischenlager angezogen. „Eine solche Verschärfung ist auch für die kritische Infrastruktur erforderlich“, sagt der Grünenpolitiker Hannes Damm. Dass in den Genehmigungsprozessen das Risiko einer Sabotage nicht betrachtet wurde, mache ihn fassungslos.

Das Bundesinnenministerium geht eigenen Angaben zufolge seit Monaten von einer „abstrakten“ Gefährdung der Energieinfrastruktur aus, Anhaltspunkte für eine „konkrete“ Gefährdung gebe es aber derzeit nicht. „Wir nehmen die aktuellen Bedrohungslagen ernst - und schützen uns“, sagt Ministerin Nancy Faeser (SPD). Gefährdungseinschätzungen würden laufend an die aktuelle Lage angepasst. Bundes- und Landessicherheitsbehörden stünden in enger Abstimmung mit den Betreibern kritischer Infrastrukturen, die für die unmittelbare Sicherheit ihrer Anlagen verantwortlich seien. Die Nato hat zum Schutz der kritischen Infrastruktur zusätzliche Schiffe in die Ostsee geschickt.

Bislang haben die Behörden noch keinen Kontakt zu Iberdrola aufgenommen, hieß es von dem Unternehmen. Windparks werden von Betriebswarten an Land aus technisch bewacht. Im Fokus dabei: die Funktion des Anlagebetriebes. Tagsüber sei ein Team vor Ort, außer bei Extremwetter.

Ob der Bund die Vorschriften für Genehmigungen, Bau und Betrieb von kritischer Offshore-Infrastruktur in Bezug auf den Terror- und Sabotageschutz verschärft, blieb offen. Weder das zuständige Bundeswirtschafts- noch das Bundesverkehrsministerium gaben auf diese Frage eine Antwort. Das Bundesinnenministerium verweist auf einen Leitfaden für Unternehmen und Behörden zum Schutz von kritischer Infrastruktur. Der Leitfaden stammt von 2011. Die dort beschriebenen Maßnahmen haben keinen verbindlichen, sondern empfehlenden Charakter, so eine Ministeriumssprecherin.

Putin macht USA für Pipeline-Lecks verantwortlich – und bietet EU Gas via Nord Stream 2 an

Die Explosionen an den Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee gehen laut Kremlchef Putin auf das Konto des Westens. Konkret macht Russlands Präsident die USA verantwortlich, sie würden am meisten profitieren. Gleichzeitig nutzt er die Gelegenheit, um der EU erneut die Öffnung von Nord Stream 2 anzubieten.

Moskau. Russlands Präsident Wladimir Putin hat nach den Lecks an der Ostsee-Pipeline Nord Stream von einem „internationalen Terroranschlag“ gesprochen und die Schuld dafür im Westen gesucht. „Es gibt keinen Zweifel, das ist ein Akt internationalen Terrorismus, ein zutiefst gefährlicher Präzedenzfall“, sagte er am Mittwoch bei einem Auftritt auf der russischen Energiewoche in Moskau.

„Hinter der Sabotage steckt jemand, der die Energieverbindung zwischen Russland und Europa durchtrennen will“, um Europa zu schwächen, so der Kremlchef weiter. Als mutmaßliche Profiteure der Sabotage bezeichnete Putin vor allem die USA. Im Laufe seiner Rede verwies er konkret auf die LNG-Lieferungen aus den USA. Bereits zuvor hatte der Kremlchef den Westen für die Lecks verantwortlich gemacht.

An den beiden Röhren von Nord Stream 1 und einer Röhre von Nord Stream 2 in der Ostsee waren nach Explosionen Ende September schwere Beschädigungen entdeckt worden. Bisherigen Erkenntnissen zufolge hatten sich mindestens zwei Detonationen ereignet, die zu vier Lecks führten. Unter anderem die EU, die Nato sowie Sicherheitskreise hatten schon unmit-

telbar darauf von Sabotage als Ursache gesprochen.

Putin zu Nord Stream 2: „Man muss nur den Hahn aufdrehen“

In seiner Rede bot Putin der EU zudem Gaslieferungen durch den noch betriebsfähigen Strang der Pipeline Nord Stream 2 an. Der Ball liege bei der Europäischen Union. „Man muss nur den Hahn aufdrehen“, sagte er. Die Röhre sei wohl nicht so beschädigt worden, dass sie nicht mehr genutzt werden könne.

Am Rande einer Solidaritätskundgebung für die Ukraine bittet eine Frau den russischen Machthaber Putin um einen Angriff auf Dresden. Der Fall beschäftigt inzwischen auch die Polizei.

Russland hatte Anfang September die Gaslieferungen über die Pipeline Nord Stream 1 mit dem Verweis auf technische Probleme eingestellt, die angeblich wegen der Sanktionen nicht zu beheben seien. Die fertig gestellte, aber nicht zertifizierte und nie in Betrieb genommene Leitung Nord Stream 2 liegt wegen Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine auf Eis. Russland drängt seit Monaten auf die Inbetriebnahme.

Qualifiziert: MV liegt über dem Durchschnitt

Gute Noten für den Nordosten

Mehr als jeder Vierte in Mecklenburg-Vorpommern hat auf dem Weg ins Berufsleben ein Studium absolviert oder einen Meisterlehrgang absolviert. Damit liegt der Nordosten über dem Bundesdurchschnitt.

Wie das Statistische Amt am Mittwoch in Schwerin mitteilte, hatten im Jahr 2019 im Nordosten rund 360 000 Personen einen Meister-, Fachhochschul- oder Universitätsabschluss. Mit 26,1 Prozent lag deren Anteil an der Landesbevölkerung ab 15 Jahren über dem bundesweiten Wert, der mit 25 Prozent angegeben wurde.

Den höchsten regionalen Anteil wiesen demnach Schwerin mit 36,7 und Rostock mit 30,1 Prozent auf. In der Landeshauptstadt sind viele Menschen in Behörden und Ämtern tätig, in Rostock gibt es die größte Universität des Landes und eine Hochschule. Den landesweit geringsten Anteil Hochqualifizierter wies die Statistik mit 18,9 Prozent für den Landkreis

Vorpommern-Greifswald aus, obwohl auch dort eine Universität ansässig ist.

Den bundesweit höchsten Anteil weist den Berechnungen auf Basis des Mikrozensus zufolge München mit 43 Prozent auf, den niedrigsten Gelsenkirchen mit 11,8 Prozent. Als mögliche Gründe für die teilweise großen regionalen Unterschiede nannte ein Sprecher des Statistikamtes das jeweilige Jobangebot, die wissenschaftliche Infrastruktur und den Bevölkerungsanteil an Migranten. Wie aus der Statistik weiter hervorgeht, sind Frauen im Nordosten im Schnitt etwas höher qualifiziert als Männer. Ihr Anteil an den Hochqualifizierten beträgt 50,5 Prozent, im Bundesdurchschnitt sind es 43,2 Prozent der Frauen.

Aus Wirtschaft und Handwerk mehren sich allerdings die Klagen, dass sich bei der Berufsorientierung zu sehr auf die akademische Laufbahn orientiert werde.